

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 61 (1981)
Heft: 9

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE VOLKSMEINUNG ZUR TOTALREVISION – ECHTER BEITRAG ODER VENTIL?

Vor genau zwei Jahren wurde an dieser Stelle auf eine bedeutsame Etappe des Unternehmens «Totalrevision der Bundesverfassung» hingewiesen, auf den Abschluss des grossen Vernehmlassungsverfahrens zum Expertenentwurf, und ein erstes Stimmungsbild über die Aufnahme des Entwurfs gezeichnet. Ist dieses Bild einer «Totalrevision ohne Illusionen» heute, da alle 885 Stellungnahmen verarbeitet sind, korrekturbedürftig? Es kommt darauf an, wie die Einwände gegen die zustimmenden Äusserungen gewichtet werden. Im Eidgenössischen Justizdepartement scheint man einer optimistischen Abwägung zuzuneigen.

Tatsächlich sind die publizierten Eingaben auf den ersten Blick eindrucksvoll. Die am 25. Juni von Bundesrat Furgler der Presse vorgestellten Ergebnisse, die von seinem «Dienst für die Totalrevision BV» zusammengestellt wurden, sind umfangmässig imponierend. Die im Wortlaut publizierten 328 Stellungnahmen der Kantone, Parteien und interessierten Organisationen breiter Fächerung füllen 20 stattliche Bände. Die Zusammenfassungen nach Problembereichen, in denen auch die 557 privaten Äusserungen in ihren wesentlichen Passagen berücksichtigt worden sind, füllen vier weitere Bände. Schliesslich wurde noch ein systematisierter Band mit einer ersten Verarbeitung der zum Ausdruck gebrachten Meinungen –

Gesamtbeurteilung, Kritik, Anregungen, Änderungswünsche – vorgelegt. Insgesamt gesellen sich 20 000 Seiten «Denkstoff» zu den über 3000 früher von der Arbeitsgruppe Wahlen zusammengetragenen Seiten. Eine geradezu «wahnwitzige» Fleissarbeit zur Anhäufung der Verfassungsgrundlagen, aus denen nun vom erwähnten departementalen Spezialdienst das Material zur Überarbeitung des Expertenentwurfs herausgezogen und formuliert werden muss.

Der überarbeitete Entwurf soll dem Departementschef bis Ende Jahr vorgelegt werden. Bundesrat Furgler wird mögliche Varianten prüfen und sodann seine Regierungskollegen orientieren, die über das weitere Vorgehen zu beschliessen haben. Gegebenenfalls wird dann das Parlament, das vor 15 Jahren dem Bundesrat den Auftrag zur Vorbereitung der Verfassungsrevision erteilt hat, die Weiterberatung mit dem Ziel einer abstimmungsreifen Vorlage an die Hand nehmen. Es ist aber auch denkbar, dass diese Aufgabe einem besonderen Verfassungsrat anvertraut wird. Schliesslich ist als dritte, angesichts des schon geleisteten Arbeitsaufwands allerdings eher unwahrscheinliche Lösung des Knotens ein «Übungsabbruch» denkbar.

Unser Justizminister scheint guten Mutes zu sein, dass das Werk gelinge. Er stützt sich dabei auf die Feststellung, dass eine überwiegende Mehrheit

der Vernehmlasser – es ist ein Verhältnis von 4 zu 1 herausdividiert worden – eine Totalrevision als wünschbar oder notwendig erachtet. Allgemein werde zumindest eine formale Bereinigung der Verfassung gewünscht, und auch eine Totalrevision mit materiellen Neuerungen werde «mehrheitlich» begrüsst. Das Unternehmen werde als durchführbar erachtet, sofern aufgrund der Vernehmlassung ein «möglichst breit abgestützter Konsens» gesucht und die Verfassungsdiskussion noch aktiviert werde.

Private Stellungnahmen

Soweit die Würdigung «oben». Entspricht sie wirklich der Stimmung des Schweizervolkes? – Der Anlass erlaubt, von der breit gefächerten Meinungsforschung zu profitieren und das halbe Tausend Stellungnahmen unter die Lupe zu nehmen, die nicht von den Stellen stammen, die sich von Amtes wegen zum Wort melden und ohne lang im Volk herumzuhören sich in einer mit grösserer oder kleinerer Fachkompetenz erledigten Pflichtarbeit vernehmen lassen. Es sei versucht, die Stimmen anzuhören, die «direkt aus dem Volk» kommen.

In einem Aktenschrank des Totalrevisionsdienstes stehen die in sechs Ordnern eingereihten Originalbriefe dem interessierten Zeitgenossen zur Verfügung. Mit dem selbstverständlichen Vorbehalt, dass die Briefschreiber, die sich vertrauensvoll an die Behörden gewandt haben, nicht mit Namen blossgestellt werden, seien aus diesem nicht im Detail veröffentlichten Material einige Proben vorgelegt, haben sie doch den Vorzug, frisch von

der Leber geschrieben und nicht lang nach allen Seiten abgewogen worden zu sein.

Wohlverstanden: es gibt unter den privaten Stellungnahmen auch solche Beiträge, ja, es ist beachtlich, wie eine ganze Anzahl von Arbeiten einzelner oder spontan zusammengetretener Studiengruppen in eigentliche, eingehend begründete Gegenentwürfe ausmünden. Als Musterbeispiel sei die Eingabe eines katholischen Kollegiums in der Westschweiz hervorgehoben, das in Arbeitsgruppen die verschiedenen Abschnitte der neuen Verfassung durchgeackert und auch Enquêtes mit Fragebogen durchgeführt hat. Solche Anstrengungen verdienen an die Seite von bekannteren Arbeiten juristischer Hochschulseminarien gestellt zu werden.

Andere Einsender haben sich mit einer schlichten Postkarte begnügt, auf der ein einziger Gedanken festgehalten wird. Insgesamt überwiegen zwei- bis dreiseitige Briefe, mit denen Zustimmung und Einwände vorgebracht werden. Alte und Junge haben die Einladung angenommen, wobei die Beteiligung jugendlicher Kreise besonders erfreulich erscheint.

Selbstverständlich sind auch weniger rühmliche Stellungnahmen zu registrieren. So die offensichtlich «bestellten», in naiv koordinierter Manier kopierten Briefe von 20 Ehepaaren, die alle rund um den Zürichsee beheimatet sind und keinen anderen persönlichen Beitrag geleistet haben, als die vervielfältigten vier Seiten «gutbürgerlichen Inhalts» mit Absender und Unterschrift zu versehen. Sympathischer muten da schon die 60 Postkarten aus der welschen Schweiz an, die ohne Ausnahme mit der Einleitung

«En tant que locataire» in einem schlichten Satz auf linksgerichtete Mieteranliegen hinweisen; diese wurden wenigstens mit eigener Hand von der Vorlage abgeschrieben.

Sei dem wie ihm wolle: Jede bescheidenste Äusserung ist aufaddiert, abgelegt und, falls sich eine Antwort nicht wegen unflätiger Bemerkungen – auch solche sind vorgekommen – verbot, von der Dienststelle Totalrevision mit einem freundlichen Dankschreiben beantwortet worden, das zusichert, die Bedenken und Anregungen würden bei der Auswertung des Vernehmlassungsverfahrens berücksichtigt. Mag es sich bei dem so bekundeten Eingehen auf die Anliegen des Bürgers in vielen Fällen auch nur um eine nette Floskel handeln – es ist damit zumindest das bekundete Interesse honoriert.

Denn offensichtlich hat schon die Einladung an jedermann, sich an der Verfassungsrevision zu beteiligen, vielerorts freudige Überraschung ausgelöst. Es sind dafür eine Reihe von Reaktionen bezeichnend, die nicht verschwiegen seien. So die Bemerkung der Einsenderin, die ihr Erstaunen darüber äussert, dass «zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ein ganzes Volk aufgerufen ist, seine künftige Verfassung mitzugestalten». Es wird mehrfach als erfreulich bezeichnet, dass auch einmal «die Meinung des einfachen Bürgers gefragt» werde, wo doch üblicherweise «die Regierungen sich anmassen, im Namen des Bürgers zu sprechen», ohne ihn zu kennen. Ein Dritter fügt bei, er sei überzeugt, dass die Stimmbürger bei einer Abstimmung über die Totalrevision «positiver eingestellt sind als die Interessenvertreter und

Parteien». Solches Echo ist natürlich Wasser auf Furglers Mühlen.

Günstiger Eindruck

Damit zum materiellen Inhalt einzelner Stellungnahmen. An den Anfang sei die Würdigung des eingängigen Gesamteindrucks des Verfassungsentwurfes gesetzt, wie sie in dieser oder jener Form wiederholt vorgebracht wird: «Wenn ich als Bürger dieses Staates diese Verfassung lese, habe ich wirklich das Gefühl, dazuzugehören. Meine Grundrechte werden garantiert und geschätzt. Ich fühle mich nicht verloren in einer Unmenge von Paragraphen und Floskeln, von denen ich mich als ‚kleiner Fisch‘ ausgeschlossen fühlen muss. Ich muss keine Angst haben, dass übermächtige Interessenverbände oder wirtschaftliche ‚Übermenschen‘ allein die Geschicke der Eidgenossenschaft bestimmen . . . Meine grösste Sorge besteht nur darin, dieser Verfassungsentwurf werde nun im Vernehmlassungsverfahren so verwässert und abgeschliffen, dass schlussendlich nurmehr ein schwacher Schatten seiner übrigbleibt.»

Diese zuletzt geäusserte Befürchtung kehrt öfters wieder. Beispielsweise, wenn ein Pfarrkränzchen sein Einverständnis «mit allem» bekundet und sich darüber befremdet zeigt, «dass dieser Versuch einer menschlichen Ordnung von Mächten, die offenbar um ihre Interessen und Privilegien fürchten, so masslos angegriffen und heruntergemacht wird». Oder die Gruppe von 20 Hausfrauen, die dreimal an einem Morgen zusammengetreten ist, um den Entwurf gemeinsam zu diskutieren, und zum Schluss

gelangt, es sollte «das unveränderte Projekt dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden».

Den vorbehaltlos zustimmenden Stellungnahmen stehen nun allerdings auch skeptische Äusserungen gegenüber, die am Entwurf einige Kritik anzubringen haben und die Behauptung aufstellen, dass dieser – wie es ein Anwalt im Alleingang unter Hinweis auf seitenlange, detaillierte Einwände formuliert – «in all diesen Fragen» (Zentralisierung, Abbau kantonalen Hoheitsrechte, Verstaatlichungstendenzen, Einschränkungen der persönlichen Freiheit) «in direktem Gegensatz zur Volksmeinung steht». Die Ursache für diese «Fehleinschätzung der politischen Lage» erblickt der Einsender im Umstand, «dass es sich nicht um ‚einen politisch gewachsenen‘ Entwurf, sondern um ein Sachverständigengutachten handelt».

Andere Kritiker glauben das Expertenwerk als «Phrasen» abqualifizieren zu müssen, sprechen von einem «Blumengarten», in dem dem Bürger «alles und jedes an Pflichten abgenommen wird», oder von einem «Weihnachtsbaum, unter dem für jeden ein Geschenk liegt», statt dass ihm mit strengen Geboten wieder Verhaltensvorschriften gegeben würden, wie sie dem Ernst unserer Zeit entsprächen.

Den Abschluss dieser kleinen Auswahl allgemeiner Würdigungen bilde die Äusserung einer christlichen Jugendgruppe, die aller zum Ausdruck gebrachten Wünschbarkeit einer Reform die resignierende Erkenntnis gegenüberhält: «Was nützt eine neue Verfassung, wenn schon die alte nicht eingehalten wird!»

Worauf wird in den privaten Stellungnahmen, ob ihre Verfasser sich

angestrengt haben, den ganzen Verfassungstext zu überarbeiten, oder ob sie «gezielter» mit dem Entwurf sich auseinandersetzen, besonderes Gewicht gelegt?

In auffallender Weise wird der Präambel mit der Anrufung Gottes des Allmächtigen Beachtung geschenkt. Die Professor Adolf Muschg zugeschriebene Erweiterung des geltenden Textes, der als schlichtes Verfassungsziel die Festigung des Bundes der Eidgenossen, die Erhaltung der Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation anführt, in die Aufforderung, die Freiheit wahrzunehmen, die Stärke des Volkes am «Wohl der Schwachen» zu messen, sich der Grenzen aller staatlichen Macht bewusst zu sein und am Frieden der Welt mitzuwirken, findet geteilte Aufnahme. Sei es, dass die Anrufung Gottes in heutiger Zeit als «Blasphemie» empfunden, die Staatsgewalt als von Menschen geschaffen nicht dieser Weihe für würdig erachtet wird, oder dass sie als Zumutung für den nicht religiösen Teil des Volkes gilt – oder sei's, dass in verschiedenen Äusserungen die neue Formel als schwächlich empfunden wird. Das möchte die Stellungnahme einer älteren Frau ausdrücken, die in ungefügten Buchstaben schreibt: «Es ist auffallend, wie in letzter Zeit für die Schweiz so vieles schief gegangen ist. Das würde sich schlagartig bessern, wenn der Bundesrat veranlassen würde, dass in der neuen Bundesverfassung anstelle der Präambel folgendes stünde: ‚Vor jeder Plenarsitzung des Bundesrates, des Ständerates und des Nationalrates soll gemeinsam ein Unser Vater gebetet und beigefügt werden: Heiliger Geist erleuchte uns, Amen.‘»

Auch die lebhafteste öffentliche Diskussion um die Einführung der «Grundrechte» ist in verschiedenen Antworten mit besonderer Opposition gegen die Sozialrechte «nach schwedisch-englischem Beispiel» aufgenommen worden. Man wecke hier Illusionen, die enttäuscht werden müssten, ist von konservativer Seite zu hören. Ebenso taucht der in der bisherigen Auseinandersetzung hochgespielte Übergang von der geschlossenen zur «offenen Verfassung» in manchen Eingaben als Stein des Anstosses auf. Das Empfinden scheint verbreitet, dass die zu neuer Ausgabenflut verführende Ausweitung der staatlichen Kompetenzen mehr als nur ein «Schönheitsfehler» sei, wenn der Bürger nicht gleichzeitig zur Selbstbescheidung angehalten wird.

Vor allem stösst man sich an der Wiederaufnahme von Postulaten, die eben erst in einer Volksabstimmung unterlagen: «Das Schweizervolk hat in der Vergangenheit seine Mündigkeit bewiesen, indem es in der Zeit von 1960 bis 1976 insgesamt 16 Vorlagen abgelehnt hat, die ihm von einer Parlamentsmehrheit zur Annahme empfohlen worden waren. Wenn diese Entscheide missachtet werden, kommt das einer eindeutigen, unfairen Missachtung des Volkswillens gleich, was nur zu einer noch grösseren Ungültigkeit des Bürgers gegenüber dem Staat führen kann.»

Eine Gruppe von Jugendlichen, die sich namentlich gegen die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes «durch die Hintertüre» wenden, präzisiert: «Ein solches Vorgehen verunsichert gerade die Jugend und ist für sie ein Grund der Staatsverdrossenheit mehr!» Oder noch deutlicher: «Die heutige Bundes-

verfassung ist für manchen Bürger wohl schwer verständlich, doch wird sie vom Schweizervolk bejaht. Eine Neufassung, die den Volkswillen derart schwerwiegend übergeht, kann vom Souverän keine Unterstützung erwarten.»

Wenn in den individuellen Eingaben recht wenig von organisatorisch-institutionellen Fragen die Rede ist, deckt sich diese Beobachtung mit der auch von den Experten beachteten Zurückhaltung gegenüber Reformen in diesem Bereich. Eine Ausnahme macht die Anregung, die Behördenorganisation durch eine dritte, mit der Vorbereitung wirtschaftlicher Anliegen betraute Kammer zu ergänzen. Man erhofft sich davon offenbar eine «Interessenentflechtung» im Parlament. Der Grundtenor ist aber konservativ. Man spricht sich – auch in Kreisen der Jungen – für die unangetastete Beibehaltung von Ständerat und Ständemehr aus, denn man wünsche nicht, für die gefahrvolle Fahrt in die Zukunft «ein Fahrzeug ohne Bremsen» zu besteigen.

Um so häufiger reiten manche Einsender ihre Steckenpferde. Einer möchte in der Verfassung das Zinsverbot verankert wissen. Er hält dieses Verbot für das Allheilmittel zur Bewältigung der Zukunft: «Wenn jedermann seinen gerechten Lohn erhält und niemand mehr sich aus der Leistung eines andern mühelos bereichert, erübrigen sich die Festlegung eines ‚Rechtes auf Arbeit‘ oder eines ‚Rechtes auf Mitbestimmung‘ und viele, viele andere Gesetze und Erlasse.» Ein Gärtner legt auf sechs mit sauberer Handschrift bemalten Seiten seine Ideen von der «Gesunden Ernährung» dar, die zum Wohl des Volkes in der Verfassung

verankert werden müsste. Von anderer Seite wird für die Todesstrafe plädiert, von der eine wirksamere Bekämpfung des Terrorismus erhofft wird.

«Dampf ablassen»

Unbeholfen, naiv? – Auf einen positiven Aspekt solcher und ähnlicher Eingaben wird man von den gefälligen Beamten des zuständigen Bundesdienstes aufmerksam gemacht: Man habe gerade durch sie den einen oder andern wertvollen Hinweis auf Unzulänglichkeiten des vermeintlich einwandfrei formulierten Verfassungsentwurfes bekommen, der offenbar eben doch zu Missverständnissen Anlass gebe. Sie gelte es durch präzisere Fassungen zu korrigieren. So, wenn eine Frau, die sich über die Bestimmung Gedanken gemacht hat, dass jedermann die freie Wahl seines Berufes und seines Arbeitsplatzes garantiert sei, diese Garantie «ad absurdum» führt, indem sie an Bundesrat Furgler die Frage richtet, wie er wohl eine ehemalige Insassin von Hindelbank bescheiden wolle, die mit den Worten an ihn herantreten würde: «Grüezi Herr Bundesrat, gestützt auf Artikel 18 BV wähle ich meinen Arbeitsplatz in Ihrem Haushalt, und zwar als Köchin!» Oder wenn eine Gruppe «Junger Christen» das «absolute Verbot» in Artikel 10 unter Berufung auf den Bibelspruch «Züchtige Deinen Sohn, weil noch Hoffnung vorhanden ist . . .» mit dem Vorbehalt einer angemessenen Strafanwendung in der Familie differenzieren möchte.

Die Durchsicht des halben Tausend privater Eingaben, so anregend sie sich in ihrer oft plastischen Sprache

ausnehmen und vorteilhaft vom trockenen Stil der Stellungnahmen der politischen «Crème» abheben, ruft indessen doch der Frage, ob es über solche kleinen Retuschen hinaus einen substantiellen Beitrag an die Totalrevision leiste. In aller Nüchternheit ist dazu wohl die Feststellung fällig, dass sich neben seriöseren Stimmen auch viele «Spinner» und Sektierer zum Wort gemeldet haben, die den Anlass wahrnahmen, ihre Ideen wieder einmal zu Gehör zu bringen. Es ist auch auffallend, wie ein schlecht versteckter «Jahrmarkt der Eitelkeiten» in Gang gebracht worden ist, indem selbst Persönlichkeiten, die es nicht nötig hätten, ihr Licht unter Beilage von Zeitungsartikeln und Traktaten höheren Ortes zum Leuchten bringen möchten. Auffallend oft sind solche Eingaben direkt an Bundesrat Furgler gerichtet. Es tut offenbar gut, mit einem Bundesrat zu korrespondieren. – Näher berühren Briefe, die vom Schicksal Benachteiligte zu eigentlichen Lebensbeichten gestaltet haben, mit denen sie vor allem auf von ihnen als Missstand empfundene Ausprägungen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung hinweisen, die sie aus Anlass der Totalrevision beseitigt wissen möchten. Andere Stellungnahmen erinnern schlicht an die bekannten Leserbriefe in der Tagespresse, wie überhaupt der Einfluss von Presseäußerungen durch den «Meinungswald» unverkennbar durchschimmert. Damit ist nicht viel Staat zu machen. Solche «Vernehmlassungen» dienen wohl mehr dazu, dass ihre Verfasser «Dampf ablassen» konnten, als dass sie im Dienste wirklicher Meinungsforschung das Reformwerk vorgebracht hätten.

Wenn Stimmen zitiert werden können, die am liebsten «das Büchlein sofort zur Abstimmung bringen» möchten, weil das besser wäre, als wenn jetzt «monatelang über einzelne Artikel hergefallen wird und am Schluss über eine halbtotgeschlagene Revision abgestimmt werden muss, ist solches Vertrauen rührend. Ob das die wahre Volksmeinung ist? Statistisch machen die 557 Unentwegten, die mehr oder weniger spontan zur Feder gegriffen haben, ihr Interesse an der Revision zu bekunden, nur einen kleinen Promille-Bruchteil der Zahl der Stimmberechtigten aus. Und selbst unter ihnen sind die Meinungen sehr geteilt, ob nicht gegenüber der Expertenarbeit höchste Vorsicht am Platze wäre.

Eine solche Stimme, die zugleich die auch zuoberst noch nicht geklärte Frage, wie es nun weitergehen soll, aufgreift, sei an den Schluss dieser Übersicht gestellt, die nicht mehr möchte und kann, als den zum Ausdruck gebrachten behördlichen Optimismus zu relativieren. Die Vorstellung eines Bürgers, wie es nun weitergehen soll, zeigt auf, wie weit der Weg noch sein könnte, der bis zum guten Ende zurückzulegen ist.

Besagter Bürger schlägt für die Bereinigung der von Bundesrat und Parlament beziehungsweise Verfassungsrat schliesslich ausgearbeiteten Vorlage ein gestaffeltes Abstimmungsverfahren von Volk und Ständen in drei Etappen vor: «In der ersten Abstimmung nehmen die Bürger zu jedem einzelnen Artikel Stellung. Die abgelehnten Artikel werden von der Bundesversammlung neu bearbeitet und in abgeänderter Form zur zweiten Abstimmung vorgelegt. Artikel, die auch in der zweiten Abstimmung nicht angenommen werden, entfallen endgültig. Die angenommenen Artikel bilden zusammen den endgültigen Entwurf, der dann als Ganzes zur Schlussabstimmung gebracht wird.»

Wenn auch ein so kompliziertes Verfahren nicht vorgesehen ist und vor seiner Anwendung erst noch die Revisionsbestimmungen der geltenden Verfassung geändert werden müssten, was kaum Aussicht auf Realisierung hätte, so zeugt dieser Vorschlag doch von ausgesprochenem Misstrauen, das wohl nicht übergangen werden darf, wenn man sich über die Chancen einer Annahme der Totalrevision Rechenschaft geben will.

Arnold Fisch

MAJOR HADDADS ZIEL HEISST ÜBERLEBEN

Vasall der Israeli schimpfen ihn seine Gegner, Beschützer der Christen im Südlibanon seine politischen Freunde. Den Sachverhalt allerdings trifft weder die eine noch die andere dieser Qualifikationen: Major Saad Haddad, Kommandeur der Miliz im Gebietsstreifen Libanons, der unmittelbar an

das Territorium Israels angrenzt, und somit Herr über rund 100 000 Menschen, verfolgt in seinem «Freien Libanon» einen vom Willen der jeweiligen israelischen Regierung relativ unabhängigen Kurs – und er beschützt «seine» Christen (40 000) nicht intensiver als «seine» schiitischen Moslems

(die mit 60 000 in diesem merkwürdigen Territorium sogar die Bevölkerungsmehrheit bilden).

Fragt man in Haddads «Hauptstadt», diesem gespenstisch kleinen, hundertprozent provinziellen und heutzutage halbwegs ausgestorbenen Marjayoun die Leute nach den Zielen ihres Chefs, so bekommt man immer die gleiche Antwort: Haddad will überleben. Um das zu erreichen, braucht er seine ganzen Kräfte – und manchmal mehr als das: als ich ihn im Frühjahr besuchte, war er gerade von einem zehntägigen Spitalaufenthalt in Israel zurückgekehrt und noch immer kaum ansprechbar. Die Ereignisse der Wochen zuvor hatten seine Reserven erschöpft, hatten ihn, den Haudegen, überfordert. Kein Wunder: Tag und Nacht lebte man damals in diesem Gebietsstreifen in der Erwartung, dass die von den PLO-Kräften drüben beim Beaufort-Castle, in der Luftlinie nur 5 Kilometer weit entfernt, abgefeuerten Katjuscha-Geschosse ins eigene Haus, in den Garten, in die Wohnung fallen und dort explodieren würden. Nur allzu oft geschah das auch. Rund um den Hauptplatz dieser dörflichen «Kapitale» ist kaum ein Haus vom Streuregen der mehr oder weniger zufällig niedergehenden Splitter verschont geblieben. In der Garage des Ladenbesitzers Labib Suadan wird mir ein etwa 70 Zentimeter Durchmesser grosses Loch in der Decke der Garage gezeigt, geschlagen gerade in der Nacht vor meinem Besuch von einer Granate sowjetischer Herkunft. Und beim anschliessenden Gespräch im rosenduftenden Garten der Familie Suadan zeigt mir der 13jährige Sohn der Familie eine ganze Kollektion von Geschoss-Teilen und Metall-Splittern, de-

toniert ohne Ausnahme auf diesem Grundstück im Ausmass von etwa 20 auf 20 Meter.

Für alle, die hier wohnen, ist der libanesische Bürgerkrieg eine Belastung, der man kaum mehr standhalten kann. Die verbliebenen 7000 Bewohner von Marjayoun verharren in einer fatalistischen Grundstimmung, und wer immer eine Möglichkeit zum Wegziehen hat, der geht auch weg – allein Marjayoun verlor so in den letzten drei, vier Jahren 5000 Einwohner. Für die Zurückgebliebenen ist die launische Form des libanesischen Krieges zur Selbstverständlichkeit geworden, in der man sich einrichtet so gut es eben geht: man widmet sich, waffentragend, tagsüber der Landwirtschaft oder dem Handel, man heckt listenreiche Wege aus, um Waren selbst israelischer Provenienz durch die Linien der palästinensischen Kampfverbände nach Beirut zu bringen, man füllt die Freiräume einer laxen Autorität in Sachen Zölle und Abgaben so weitgehend wie möglich aus – aber wenn der 43jährige Kommandeur Saad Haddad in diesem oder jenem Ort des «Freien Libanon» einen Aufruf zum Dienst mit der Waffe erlässt, so entzieht sich wohl kein Bürger dieses «Staats» seiner Pflicht. Die Zahl der Milizen wächst dann innert Stunden von einigen hundert auf mehrere tausend und wird zu einer Kraft, welche die palästinensischen Verbände jenseits des Litani-Flusses respektieren müssen.

An Absurditäten fehlt es in diesem winzigen und eigenartigen «Staat» nicht: den Sold erhalten Haddads Milizen meistens immer noch aus Beirut, weil die libanesische Regierung nach wie vor den Schein zu wahren ver-

sucht, dass sie die effektive Kontrolle über den ganzen Libanon ausübe. Bleibt der Sold einmal aus, so springen die Israeli in die Bresche, stets daran interessiert, die Kampfmoral der Milizen im Haddad-Territorium hochzuhalten. Waffen und Munition stammen heutzutage ohnehin meist aus Israel. Wer den «Freien Libanon» als Berichterstatter besuchen will, der benötigt im allgemeinen die Erlaubnis von einem Amt aus der Umgebung des israelischen Generalstabschefs. Und hinein in dieses mit Granatenregengüssen reichlich bedachte Gebiet geht's dann in Begleitung eines bewaffneten israelischen Reserve-Offiziers.

Wie klein ist doch dieser «Freie Libanon»! Von der israelischen Grenzsiedlung Metulla, dem idyllisch gelegenen Luftkurort mit Chalets und Bombenunterständen (daran misst sich hier der Wohlstand, an der Grösse und der Qualität des privaten Schutzraums im Garten), fährt man nicht länger als eine Viertelstunde bis zum Südlibanon-Hauptort Marjayoun – und zwar direkt im Schussfeld der Kreuzritterburg Beaufort aus dem 11. Jahrhundert. Sie liegt drei bis fünf Kilometer von der für die Bewohner des Südlibanon lebenswichtigen Strasse entfernt, jenseits des tief in die Landschaft eingeschnittenen Litani-Flusses (den die UNO-Blauhelm-Kontingente in der Stärke von rund 6000 Mann nicht gerade effizient bewachen), imposant auf dem Gebirgszug nördlich des Haddad-Territoriums. Wen immer die PLO-Verbände im und hinter dem Beaufort ins Visier nehmen wollen, den können sie auch treffen. Und doch wohnen nach wie vor Menschen in diesen dem Feind exponierten Häu-

sern, werden in Garagen entlang der ungeschützten Strasse Autos mit westeuropäischen Nummernschildern repariert, die in Beirut oder möglicherweise schon in Europa gestohlen worden sind und die einen Duft von ferner, grosser Welt in die verkommenen Ortschaften des «Freien Libanon» tragen. Erträgliches und Unerträgliches an diesem Krieg liegen hier ganz nahe beisammen: es gibt Tage und Wochen, da fliegt nicht eine einzige Granate in einen bestimmten Ort, es gibt andere, da hagelt es Geschosse gleich dutzendweise. Eine militärische Methodik können die Leute hier nicht erkennen, und wahrscheinlich gibt es sie auch gar nicht – abgesehen vom Ziel der palästinensischen Guerillas, den südlichen Libanon in einer Atmosphäre der Verunsicherung zu halten und damit die Moral der Bewohner allmählich zu untergraben.

Schiitische Moslems und Christen sind hier dem gleichen Schicksal ausgesetzt, ungeachtet des Umstands, dass missionierende Gruppen aus dem Ausland eine manchmal etwas penetrante Neigung zeigen, in Haddads Territorium das Christentum im Nahen Osten zu retten. An der Spitze dieser selbsternannten Beschützer steht ein gewisser George Otis, Amerikaner, ehemaliges Direktionsmitglied des Flugzeugherstellerkonzerns Lear-Jet, der aufgrund eines religiösen Erweckungserlebnisses seine geistige und materielle Tatkraft in diesen entfernten Winkel verlegt und eine private Radio-Station nach amerikanischem Vorbild gegründet hat. Das Betongebäude, in der fruchtbaren Landschaft zwischen der israelischen Grenze und Haddads Kommando- und Wohnort Marjayoun gelegen, hat den Granaten der Palästi-

nenser bisher erfolgreich Widerstand geleistet, und die vier vom Sinn ihrer Aufgabe zutiefst erfüllten jungen Amerikaner haben es in den letzten zwei Jahren auch geschafft, täglich die rund 7 Kilometer Wegstrecke zwischen der israelischen Grenze und ihrem Arbeitsort unbehellig zurückzulegen.

Warum sie solches Risiko in Kauf nehmen, frage ich den christlichen Disc-Jockey Gerry Hall – und bekomme als Antwort ein fertiges Szenario für die nächste Zukunft: Sowjets und Israeli würden sich, davon ist Gerry Hall überzeugt, in den kommenden Jahren einen Krieg liefern, der mit dem Sieg Israels enden muss. Dieses Ereignis wiederum führe zur Wiederkunft des Messias, und daraufhin werde die jüdische Religion sich so tiefgreifend wandeln, dass sie ihre Gegensätzlichkeit zur christlichen verliere. Somit kommt es zu einer präparadiesischen Endzeit, an der teilhaben darf, wer eben im kritischen Zeitpunkt zum richtigen Glauben gefunden hat.

Man könnte solchen Realitätsverlust an sich getrost als private Spielerei abtun, würde er nicht in einem Gebiet in Taten umgesetzt, in dem echte und angebliche Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften oft als Vorwand für die Explosion von Gewalt dienen. Der libanesischer Konflikt hat sich in den letzten Jahren vorwiegend entlang einer Linie Moslems contra Christen bewegt, aber das sollte nicht vergessen lassen, dass die Risse innerhalb des christlichen Lagers phasenweise so tief gingen und sich so gewalttätig äusserten, dass sie bisweilen fast zu einem Parallel-Bürgerkrieg innerhalb des Libanon-Konflikts führ-

ten. Die christliche Gesellschaft des Libanon, im ganzen etwa 1,1 Millionen Menschen gross, setzt sich nach feudalistischen und nach Clan-Prinzipien zusammen und ist in eine Vielzahl von Sekten aufgeteilt. Römisch-katholische Christen und Protestanten bilden innerhalb dieser komplexen Gemeinschaft nicht mehr als schätzungsweise zwei Prozent des Totals. Die Mehrheit gehört östlich-katholischen Kirchen an, sie anerkennt somit zwar den Papst, verwendet aber eigene Formen der Liturgie, oder der griechisch-orthodoxen Gemeinde. Die Maroniten, mit gegen 700 000 Angehörigen, bilden die wichtigste einzelne Gruppierung. Ihren Namen führen sie auf St. Maron, einen Eremiten aus dem 5. Jahrhundert, zurück. Ursprünglich waren die Maroniten vorwiegend Bewohner ländlicher Gegenden des Libanon und ihrer Lebensweise entsprechend erfüllt von einem Geist der moralischen Reinheit, deren Betonung zur deutlichen Unterscheidung von den Stadtbewohnern dienen sollte. In den letzten hundert Jahren jedoch wandelten die Maroniten ihren Lebensstil grundlegend: sie wurden Geschäftsleute und Politiker und stiegen in die oberen Mittelklassen Beiruts und anderer Städte auf.

Zweitgrösste Gruppe unter den Christen ist die Gemeinschaft der Griechisch-Orthodoxen (etwa 250 000 Mitglieder), drittgrösste jene der Griechisch-Katholiken (etwa 140 000). Sie hatten sich von den Griechisch-Orthodoxen im 18. Jahrhundert abgespalten, akzeptieren das römisch-katholische Dogma, verwenden aber Riten, die jenen der Griechisch-orthodoxen nahekomen und benutzen das Arabische als liturgische Sprache. Etwa die

Hälfte der Bevölkerung der seit dem Frühjahr mitten im Libanon-Konflikt stehenden Stadt Zahle im Bekaa-Tal gehört übrigens zu den Griechisch-Katholiken.

Die kleineren, mit Rom liierten christlichen Gruppierungen im Libanon haben alle weniger als 30 000 Mitglieder (Syrisch-Katholische, Armenisch-Katholische und Chaldäer).

Wesentlich für die Entwicklung des Libanon ist die Neigung der christlichen Gemeinschaften zu gegenseitiger Rivalität in relativ friedlichen Zeiten, ebenso aber die Bereitschaft, beim Auftreten äußerer Bedrohungen die eigenen Streitereien in den Hintergrund zu drängen und sich im Abwehrkampf vorübergehend zu vereini-

gen. Im südlichen Libanon aber, unter Saad Haddads Kommando, fanden sich die 40 000 Christen nicht mit den eigenen Glaubensgenossen zusammen, um der Bedrohung durch die Moslem-Linke, die Palästinenser und die syrischen Truppen zu begegnen, sondern mit den etwa 60 000 schiitischen Moslems, die ihrerseits innerhalb des islamischen Lagers traditionell Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt sind. Haddads Macht basiert somit auf der Überwindung von Divergenzen über die Trennlinie der Religionsgemeinschaften hinweg – fehlte sie, so könnte ihm auch die massive israelische Hilfe nicht die Basis für die Selbstbehauptung mitten im Chaos liefern.

Erich Gysling

DIE DRITTE WELT: ALPDRUCK UND MAHNUNG

Die in den Industriestaaten sich häufenden Krisenphänomene lenken die Aufmerksamkeit der direkt Betroffenen so sehr auf sich, dass darüber die Länder der Dritten Welt mit ihren unvergleichlich bedrückenderen Schwierigkeiten vergessen werden. Tatsächlich scheinen sich zwei geschlossene Welten gegenüberzustehen mit unterschiedlichen Zivilisationen, Lebensverhältnissen, Problemen und Erwartungen. Was hat schon ein europäischer oder amerikanischer Arbeiter, dessen Monatseinkommen tausend Dollar und mehr beträgt, gemein mit einem afrikanischen Bauern, einem ägyptischen Fellachen, einem lateinamerikanischen Indio, die sich mit einem Bruchteil dieser Summe im Jahr begnügen müssen? Nichts. Auch

in den Industrieländern besteht, in begrenzten Sektoren, Armut. Aber sie hat ein anderes Gesicht, ein anderes Gewicht; sie befindet sich auf einer anderen Ebene, daher sind die Probleme anderer Art. Es geht nicht ums nackte Überleben, doch in vielen Gebieten der Dritten Welt geht es darum. Nach einem UNICEF-Bericht leben 800 Millionen Menschen, darunter 300 Millionen Kinder, in «absoluter Armut». 1979 starben 12 Millionen Kinder. Die durchschnittliche Lebenserwartung in den Industrieländern beträgt 75 Jahre, in den ärmsten Gebieten der Welt – Mali, Äthiopien, Afghanistan – die Hälfte. Obwohl in den letzten Jahren viel von einer notwendigen Annäherung zwischen dem reichen Norden der Indu-

striemächte und dem armen agrarischen Süden gesprochen wurde, obwohl viele internationale Konferenzen Geschäftigkeit bewiesen und spezialisierte Kommissionen Akten stapelten, hat sich der Gegensatz nicht abgeschwächt, sondern wurde stärker. Produktivität und Lebensstandard wuchsen in den Industrieländern gewaltig, viel rascher als in der Agrarzone, die häufig genug stagnierte. Selbst dort, wo sich die Produktion entwickelte, wurde sie von der Bevölkerungszunahme eingeholt oder überholt.

Differenzierte Südzone

Doch der Sammelbegriff «Dritte Welt» trägt keineswegs der Realität Rechnung. Innerhalb dieser Zone gibt es so beträchtliche Differenzen, dass die Einheit oft nur ein Schein ist. Zwischen dem bereits industrialisierten Argentinien oder Brasilien und zurückgebliebenen Gebieten wie Tschad, Mali, Niger oder Kambodscha gibt es kaum Gemeinsames, es sei denn eine gemeinsam vorgetragene Kritik an den hochentwickelten Staaten. In der Dritten Welt findet man zahlreiche Entwicklungsstufen, verschiedene Zivilisationstypen mit unterschiedlichen Interessen. Oben an der Spitze ist eine neue Aristokratie entstanden: die der erdölproduzierenden Länder. Die Erhöhung der Erdölpreise hat ihnen erlaubt, Kapitalmengen in solchem Ausmass anzuhäufen, dass man sie nur ironisch zu den Armen dieser Erde zählen kann. Das Pro-Kopf-Einkommen in den arabischen Erdölländern erreicht das der Industrieländer, obwohl frei-

lich insgesamt sie noch weit entfernt von der technischen Zivilisation sind und in ihrem Schoss die Spannungen sich verschärfen zwischen der überlieferten und der industriellen Lebensweise. Die hochgeschraubten Erdölpreise haben die entwickelten Länder erschüttert, noch mehr aber die unterentwickelten. Während die Erdölproduzenten zu einer grossen Kapitalmacht heranwuchsen, nahmen Armut und Abhängigkeit der reinen Agrarländer zu, deren jährliches Pro-Kopf-Einkommen 100 Dollar beträgt.

Die politische Differenzierung ist nicht weniger ausgeprägt als die ökonomische. Es gibt konservative und modernistische Staaten, Volksdemokratien wie in Kuba und Militärdiktaturen aller Schattierungen. Eine parlamentarische Demokratie, wie Indien sie kennt, ist eine Ausnahme. In den Nord-Süd-Gegensatz dringt der Ost-West-Konflikt. Seitdem dieser wieder akut geworden ist, verschärfen sich die Spannungen in der Dritten Welt. Die 92 blockfreien Staaten bilden eine fragile Gemeinschaft, zerrissen zwischen einem pro-östlichen und einem pro-westlichen Pol. Die vietnamesische Invasion Kambodschas, der sowjetische Einmarsch in Afghanistan werden von den einen gebilligt und von den anderen gerügt, dazwischen stehen ratlos die Neutralen. Im Februar haben die Blockfreien den zwanzigsten Jahrestag ihrer Belgrader Gründungskonferenz in New Delhi gefeiert. Der Rückblick stimmt wehmütig. Gewiss hat sich das Lager der Blockfreien durch den Prozess der Entkolonisierung beträchtlich vermehrt, denn vor zwei Jahrzehnten nahmen an der Belgrader Konferenz, unter der Führung

Titos, Nehrus und Nassers, nur fünf- undzwanzig Staaten teil. Heute gibt es viermal so viele Mitgliedstaaten, und sie bilden in den Vereinten Nationen eine grosse Mehrheit. Die Bewegung ging in die Breite, verlor jedoch ihre Konturen, auch ihre Glaubwürdigkeit. Die Blockfreien sind längst nicht mehr das, was sie waren und immer noch zu sein vorgeben. Die ersten Fanfaren schmetterte die Konferenz von Bandung 1955. Da wurden zehn Prinzipien der Koexistenz verkündet, unter anderem hiess es: «Achtung der menschlichen Grundrechte entsprechend den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen . . . Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Nationen . . . Nicht-intervention und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder . . . Achtung des Rechts und der internationalen Verpflichtungen.» Diese schönen Bekundungen wurden schmähslich missachtet. Die Mehrzahl der Blockfreien sind Diktaturen, die eine eigene restriktive Auffassung von den Menschenrechten haben. Der Intervention in die Angelegenheiten anderer konnten sie sich keineswegs enthalten. Keine neue Moral in den internationalen Beziehungen begründend, bedienten sie sich weiter der üblichen Methoden. Auch auf den Krieg verzichteten sie nicht. Zahllose blutige Konflikte erschütterten die Dritte Welt. Im Widerspruch zu den feierlichen Erklärungen standen Blockfreie gegen Blockfreie, in Machtpolitik verstrickt, analog den so angefeindeten «Imperialisten». Gewalttätige Kollisionen gab es zwischen China und Indien, zwischen Pakistan und Bangladesh, zwischen China und

Vietnam, zwischen Vietnam und Kambodscha, zwischen den beiden Jemen, zwischen Erithrea und Somalia, zwischen Marokko und Algerien, zwischen Libyen und Tunesien, zwischen dem Irak und Iran. Dies ist nur ein Ausschnitt, doch genügt er, um den Abstand zu ermessen, der die Wirklichkeit von der Proklamation der schönen Prinzipien trennt. Machtfragen, Streit um Bodenschätze geben, wie gewöhnlich, den Ausschlag. Gewiss war dies bisher immer so, gerade deshalb sind die Industriestaaten nicht berufen, mit Schadenfreude auf das Debakel zu zeigen. Aber gleichwohl ist der Schluss erlaubt, dass die Dritte Welt ihren eigenen moralischen Normen untreu geworden ist.

Fast überall haben sich diktatorische Regimes ausgebreitet, entweder in Form der Militär- oder der Einparteiherrschaft, mit den unvermeidlichen Begleiterscheinungen von Korruption, Palastintrigen und Revolten. Erst nach Boumediennes Tod wurde der Schleier, der die Korruption der algerischen Machthaber verdeckt, ein wenig gelüftet; erst nach Maos Tod verlor die Kulturrevolution ihre Tugend. Angesichts der unermesslichen Schwierigkeiten, die niemand vermittels eines Zauberstabs zu beseitigen vermöchte, ist die Versuchung gross, das stärkste ideologische Integrationsmittel – den Nationalismus – aufs äusserste zu steigern. Als Kompensation dient er dazu, erschütterte Regimes zu kitten und den Unmut nach aussen abzulenken. So schwelen im Innern Rassenkonflikte, an den Grenzen Zusammenstösse mit den Nachbarn. Heute wütet die heftigste Repression in der Dritten Welt.

Nach Amnesty International fanden politisch motivierte Hinrichtungen in mehr als dreissig Ländern statt, darunter Guatemala, Irak, Iran, Äthiopien, Afghanistan, Chile, die Philippinen.

Neue Militärstaaten

Daher steht die Ausrüstung der Armee im Mittelpunkt. Sie gilt als höchster Ausdruck der Souveränität, dazu bestimmt, die neue Staatsideologie zu symbolisieren, über Frustrationen hinwegzutrusten und die Herrschenden abzusichern. Das Militärbudget wird zum grössten Posten, verschlingt die Hälfte und mehr aller Staatsausgaben. Auf diese Weise wird die Entwicklung behindert und die agitatorisch gelästerte Abhängigkeit von den Grossmächten gefördert. Das sehr arme Vietnam hat ein Heer von einer Million Soldaten. Die wirtschaftliche Situation ist katastrophal und hat sich, seit Beendigung des Kriegs 1975, noch verschlechtert. Aber die starke Armee schützt das Regime und erlaubt es, Eroberungskriege zu führen, so dass Vietnam heute sowohl Laos wie Kambodscha beherrscht. Kuba leidet unter zahlreichen ökonomischen Mängeln, aber es verfügt über genügend Soldaten, so dass es 40 000 Mann nach Afrika zum Kriegführen schicken konnte. Die militaristische Tendenz bewegt immer mehr Länder der Dritten Welt dazu, nach der Atombombe zu greifen, um optimale Macht auszuüben. China, Indien, Israel, Pakistan, der Irak, Libyen und Brasilien haben diesen Weg beschritten; man kann nicht zweifeln, dass andere nachfolgen werden. Deut-

licher könnten die Friedensproklamationen, das Bekenntnis, Entspannung zu fördern, nicht dementiert werden.

Die Kriege in der Dritten Welt kosteten bisher 10 Millionen Tote, 20 Millionen Flüchtlinge. Hinzu kommt als entscheidender Faktor die Einmischung der Grossmächte, die, auf der Suche nach Stützpunkten und Einflusszonen, «befreundete Staaten» aufrüsten. So wird die militärische Tendenz durch äussere Beeinflussung noch verstärkt. West und Ost rivalisieren, um Bundesgenossen in Asien, Afrika und Lateinamerika zu gewinnen. Das Volumen des Waffengeschäfts ist bereits so gross wie die Entwicklungshilfe, das heisst, sie dient im wesentlichen zum Kauf von Waffen. Der Anteil der Dritten Welt an den militärischen Gesamtausgaben im Jahr (500 Milliarden Dollar) beträgt heute 15 Prozent. Nach dem Londoner Institut für strategische Studien ist daran vor allem der Nahe Osten mit 40 Milliarden Dollar beteiligt, Saudiarabien allein mit 20 Milliarden. Pro Kopf der Bevölkerung sind dort die Militärausgaben am höchsten. Mit 2400 Dollar jährlich übertrifft Saudiarabien die Vereinigten Staaten um das Vierfache. Im letzten Jahrzehnt haben sich, dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI zufolge, die Militärausgaben Lateinamerikas verdoppelt, die Kubas verdreifacht. Nach der gleichen Quelle beträgt der prozentuale Anteil der Militärausgaben am Nationaleinkommen in den Industrieländern durchschnittlich etwa 4 Prozent, während er im Nahen Osten 20 bis 25 Prozent erreicht¹. Die Armee wird zum Eckpfeiler traditioneller und «progressiver» Staaten, als gemeinsames

Symbol gleicht sie die Staaten verschiedener Gesellschaftsstruktur einander an. Der durchschlagende Militarismus bringt analoge Ergebnisse hervor, indem der parasitäre Apparat ökonomische Entwicklung blockiert. Der Nationalismus, zunächst natürlicher Protest gegen koloniale Fremdherrschaft, droht zum bequemen Ausweg zu werden; als Weltanschauung verführt er zu Demagogie. «So wird man», schreibt der französische Soziologe Jacques Ellul, «in dem Masse, in dem die Nation immer weniger Lebensberechtigung hat, immer mehr Nationalist.» Sicher hat die Nation Lebensberechtigung, auch eine universale Gemeinschaft setzt sie voraus, will sie nicht in einem kulturellen Vakuum verkommen. Aber richtig ist, dass der extreme Nationalismus das Leben der Nation gefährdet.

Verrauschte Hoffnung

In den fünfziger, sechziger Jahren hatten die antikolonialen Bewegungen die Hoffnung geweckt, sie könnten einen freiheitlichen Gesellschaftstyp hervorbringen, den «neuen Menschen» endlich erzeugen. Es war die Wiederkehr des Rousseauschen Kultes vom lupenreinen Wilden. Sartre sah in der Gewaltanwendung der Kolonialvölker ein Mittel der Erlösung. «Die Gewalt kann», schrieb er im Vorwort zu Frantz Fanons «Die Verdammten dieser Erde», «wie die Lanze des Achill, die Wunden vernarben, die sie geschlagen hat.» Sartre setzte den Kolonialrebell mit dem Menschen schlechthin gleich, indes «wir die Feinde der menschlichen Gattung sind». Dieser Manichäismus war trügerisch, er verschaffte etlichen

repressiven Regimen ein gutes Gewissen, um sich als Hüter des Guten gegen das Böse auszugeben. Der von Sartre angekündigte «sich neu schaffende Mensch» ist ausgeblieben, statt dessen gewahrt man unter neuen Symbolen die Praxis alter Herrschaftsmethoden. Während der Kulturrevolution verlagerte sich die Hoffnung nach China; Sartre, Marcuse und viele andere erweckten wieder Hoffnung. Später wurden die Opfer und Verfolgungen bekannt, die sich keineswegs mit den kühnen Freiheits-erwartungen vertrugen. Es handelte sich auch nicht um eine spontane Massenerhebung, sondern um einen von der Elite ausgetragenen Machtkampf, in dem die Massen manipuliert wurden. Fanons Hoffnung, mit Hilfe der Bauernschaft eine freie Gesellschaft zu errichten, ist fehlgeschlagen. Bewahrheitet hat sich dagegen seine Befürchtung, dass die postrevolutionären Staaten sich dem Nationalismus, sogar dem Rassismus verschreiben würden. Nur glaubte Fanon, das wäre das Werk der «kolonialen Bourgeoisie». Tatsächlich gilt es auch für jene Staaten, die sich sozialistisch etikettieren. Der Nationalismus ist die stärkste Motivationskraft, und am kräftigsten bekundet er sich im revolutionären Lager. Der Marxismus-Leninismus dient als Fahne des extremen Nationalismus; mit einheimischen Ingredienzien vermischt, wird er den jeweiligen Zwecken angepasst und bis zur Unkenntlichkeit deformiert. Fanon warnte vor der Herrschaft einer einzigen Partei: «Die Einheitspartei ist die moderne Form der bürgerlichen Diktatur ohne Maske, ohne Schminke, skrupellos und zynisch².»

Nicht erwartet wurde freilich, dass sich eines Tages viele Einheitsparteien sozialistisch nennen würden. Deren Diktatur ist nicht weniger «skrupellos und zynisch». Gewiss treten sie zuerst als Wortführer des Volkes auf, aber bald zeigen sie die üblichen Merkmale jeder unkontrollierten Herrschaft. Da sichtbare Erfolge im allgemeinen ausbleiben, zumindest geringer sind als die Versprechungen, nimmt der Zwang zu, begleitet von hämmernder Indoktrination und wachsender Täuschung. Politik wird zum Vorrecht einer Elite, die hinter den Kulissen heftige Machtkämpfe austrägt. Bassam Tibis Aussage, dass «eine fortschrittliche Transformation in den arabischen Ländern unter der Herrschaft des Militärs blockiert wird», hat allgemeine Gültigkeit³.

Marx und Mohammed

Die aus Europa importierte sozialistische Idee verdünnt immer mehr und wird resolut nationalen Bedürfnissen angepasst. Sie dient dem Klassenkampf, aber auch dem Rassenkampf; sie dient vor allem als Deckmantel, Legitimation und Druckmittel, so wird sie zur Ideologie neuer Herrschaftssysteme. Als gewaltige Konkurrenz tritt nun der Islam auf, der emotionale Kräfte in einem ungleich grösseren Umfang zu entfachen versteht. Als Feind alles Fremden verwirft er die westliche Zivilisation ebenso wie die östliche, Kapitalismus genauso wie Kommunismus. Im Iran demonstrierte die islamische Religion ihre Macht, indem sie das Schah-Regime zerstörte. Gegenüber der Moderne, die die Tradition anficht und

folglich Ängste auslöst, verspricht der Islam Beruhigung durch das Überlieferte. Die modernen ungewohnten Zwänge ersetzt er durch die alten gewohnten. Der Terror der Mullahs hat den Terror der kaiserlichen Geheimpolizei abgelöst, Unterordnung und Einschüchterung sind geblieben. Elias Canetti kennzeichnet den Islam als «Kriegsreligion»: «Der Glaubenskrieg gilt als heilige Pflicht, und so wird schon während dieses Lebens, in jeder Schlacht, die Doppelmasse des Jüngsten Gerichts – wenn auch weniger umfassend – *vorgebildet*⁴.» Die muslimische Religion eignet sich daher bestens für die Mobilisierung traditionell geprägter Massen gegen das Fremde, vor allem auch gegen den Geist abendländischer Aufklärung. Anrühlich ist der Individualismus als Ausbruch aus der Kollektivität, desgleichen Denken ausserhalb der vom Koran fixierten Normen, desgleichen Frauenemanzipation.

Doch auch die muslimischen Länder können sich der industriellen Technik nicht widersetzen. So kommt es in den Erdölstaaten zu einer seltsamen Mixtur von Hochkapitalismus und traditionellem Glauben, einer sehr fragilen Verbindung, deren explosiven Charakter man erkennen kann. Dies verspricht so wenig Haltbarkeit wie die zusammengebastelte Doktrin des «islamischen Sozialismus». Der Algerier Ben Bella, ein Sprecher der Revolution der Dritten Welt, setzt islamische Mystik dem europäischen Rationalismus entgegen und schlägt diesem Nazi-KZ und sowjetischen Gulag zu. Fragwürdig genug, weil man die Vernichtungsapparaturen eher als Instrumente irrationaler Machtpolitik deuten kann,

die mit der Ratio nichts gemein hatte. Auch die islamische Mystik versteht sich häufig genug als Machtmittel, und sie ist dann ebenso verderblich wie jede andere Form politischer Mystifikation, deren Ansprüche um so hemmungsloser sind, als sie sich auf eine transzendente Mission berufen. «Der Islam kann der modernen Welt viel bringen», fährt Ben Bella fort. «Der offene, tolerante Islam kann eine Alternative anbieten.» Wäre dies der Fall, könnte man nur zufrieden sein. Doch die Wahrheit nötigt zu sagen, dass der Islam sich heute in einer weniger attraktiven Gestalt zeigt und vor allem seine intoleranten Züge hervorkehrt. Dafür zeugt auf das eindrucklichste Ben Bellas persönliches Schicksal, der mehr als ein Dutzend Jahre ohne Gerichtsverfahren eingekerkert war.

Die Flucht in politische Mystik ist verderbnisvoll, dieser Schluss ergibt sich nicht zuletzt aus der Kenntnis europäischer Geschichte. Den politischen Präntionen des Islams ist zu widerstehen, auch und gerade wenn sie sich als fortschrittlich oder sozialistisch ausgeben. Dennoch finden sich aus opportunen Gründen hier und dort Bundesgenossen. Die Grossmächte suchen diese Kraft für sich auszunutzen. Die UdSSR betreibt diese Politik im grossen Massstab, indem sie die islamischen Staaten gegen den Westen einspannen will, wozu insbesondere auch der Israel-Konflikt dient. Auf der anderen Seite unterstützen die USA reaktionäre, orthodox-religiöse Staaten wie Saudiarabien, sofern es ihren Interessen zu entsprechen scheint. Schliesslich preisen auch verwirrte Ideologen in der Art des französischen Philo-

sophen Roger Garaudy den «islamischen Sozialismus» als Weg der Erlösung an, nachdem sie, auf den Spuren Oswald Spenglers, den «Untergang des Abendlandes» prognostiziert haben. Die Trümmer des marxistisch-leninistischen Mythos werden mit Beständen anderer Ideologien zur Konstruktion einer neuen Heilsreligion verwendet.

Kurskorrekturen

Den Mythos der Erlösungsmision seitens der Dritten Welt zu erkennen, heisst nicht, die Selbstgerechtigkeit der Industriestaaten legitimieren. Die Schwierigkeiten der armen Länder sind nur zu real, ihre Konflikte werden von den gegebenen Bedingungen produziert. Schliesslich gab es auch in Europa Kriege, Diktaturen, Fehlschläge: kein Grund, überheblich zu sein. Mit ihrer Hochrüstung geben die Industriestaaten allen anderen überdies ein schlechtes Beispiel, ja die Militarisierung der Südzone wird durch die gigantische Aufrüstung der Nordzone gefördert. Der Bericht der von Willy Brandt geleiteten Nord-Süd-Kommission konstatiert: «Durch die auf das Ende des Vietnam-Kriegs folgende Rezession in der Waffenindustrie in den frühen siebziger Jahren und das Entstehen neuer Märkte, vor allem im Nahen Osten, verstärkte sich das Streben nach Waffenlieferungen in die Dritte Welt, oft mit dem Ziel, neue Nachfrage ohne Rücksicht auf die tatsächlich vorhandenen Verteidigungsbedürfnisse zu schaffen. Diese militärisch-industriellen Zwänge im Norden werden häufig verstärkt und sind ver-

bunden mit Kontakten zu jenen Entwicklungsländern, welche Militärregierungen oder starke militärische Eliten haben, die eine moderne Rüstung zur Hebung ihres Prestiges für wünschenswert halten. Waffenexporte aus Ost-Europa werden nicht selten auch unter dem Einfluss der Verfügbarkeit überzähliger Waffen und der Notwendigkeit getätigt, ausländische Währung zu verdienen⁵.» Durch die Einwirkung von aussen werden negative interne Kräfte gefördert. Die Entwicklungshilfe wird so lange unwirksam bleiben, wie der Militarisierungsdrang von den Industriestaaten begünstigt wird. Um den Frieden in der Dritten Welt zu stabilisieren, müsste der Norden darauf verzichten, den Süden in seine Konflikte einzu beziehen. Das heisst: eine Besserung der sozialen Bedingungen in der Dritten Welt setzt eine Besserung der Beziehungen zwischen den Grossmächten voraus. Die Verminderung ihrer Spannungen würde die Verhältnisse in den armen Ländern günstig beeinflussen, indem die ökonomische und technische Hilfe beträchtlich vermehrt werden könnte. Bleibt dies aus, dann wird Entwicklungshilfe, wie bisher, internationale Institutionen beschäftigen, feierliche Reden beflügeln, aber praktisch wenig bewirken. Das würde unser schlechtes Gewissen ein wenig beschwichtigen, aber es ist unwahrscheinlich, dass wir uns so einfach aus der Affäre ziehen können. Bleibt die Lösung der Sozialprobleme in der Dritten Welt weiter aus, werden dort Krisenherde entstehen, für die der Iran nur einen Vorgeschmack abgegeben hat. Die Sowjetunion wird sich die Chance nicht entgehen lassen, um ihren Einfluss auszudehnen. Die

Erklärung, dass «ausländische Agenten» konspiriert hätten, wird dann ein schwacher Trost sein, um das Desaster zu erklären.

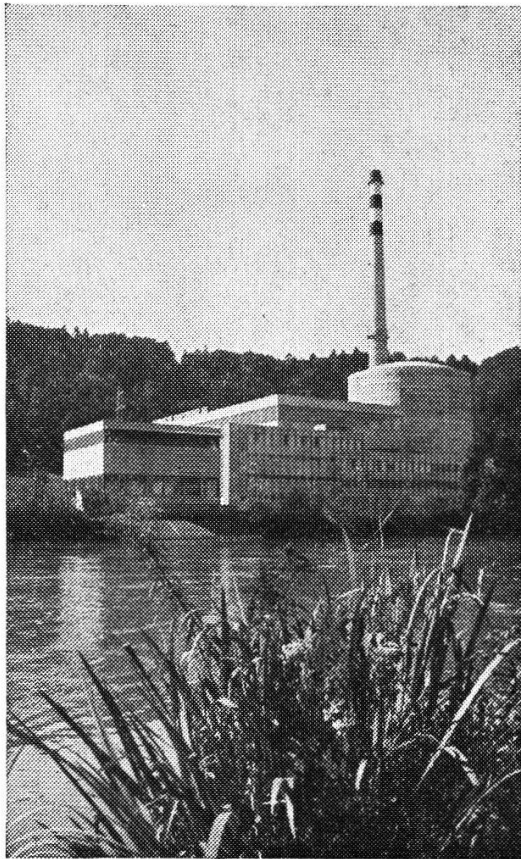
Gilt es den revolutionären Mythos der Dritten Welt abzuwehren, so ist der Verzicht auf einen anderen Mythos nicht weniger dringlich. Die Industriestaaten sind davon ausgegangen, dass die Länder der Dritten Welt ihrem Modell folgen müssten. Solche Vorstellungen bestehen auch heute noch, sie sind verderblich, unter völlig andersartigen sozio-kulturellen Bedingungen müssen sie scheitern. Auch dafür liefert der Iran ein überzeugendes Beispiel. In der Dritten Welt finden sich Gruppen, die dem passiven Nachahmungstrieb folgen, statt originale, den spezifischen Verhältnissen eines Landes entsprechende Mittel zu entdecken. Dabei stützen sie sich auf die vom Kolonialsystem überlieferten Abhängigkeitsstrukturen. Notwendig ist es, eigene Modelle zu erproben. Wohlbegründet formulierte die Nord-Süd-Kommission: «Es obliegt in erster Linie den Staaten und Völkern des Südens selber, ihre Probleme zu lösen; sie werden weiterhin den grössten Teil ihrer Ressourcen aus eigener Kraft bereitstellen und ihre Wirtschaft selber planen und führen müssen.» Von aussen importierte Modelle müssen unter wesentlich anderen Bedingungen fehlschlagen, das gilt für die kapitalistischen ebenso wie für die kommunistischen. Wenn diese Einsicht im Norden und im Süden sich durchsetzte, wäre schon viel gewonnen. Notwendig wäre es, dass der Norden weniger seine Macht demonstrierte und der Süden weniger kopierte, stattdessen mehr eigene Schöpferkraft entwickelte. Die eben

zitierte Kommission betont, dass es «gemeinsame Interessen» des Nordens und des Südens gebe. Das würde bestenfalls aus einer theoretischen Überlegung resultieren, denn in ihrer praktischen Unmittelbarkeit kollidieren diese Interessen. Notwendig ist es, auf die Bedürfnisse des anderen einzugehen, auch wenn unmittelbare Interessen dem entgegenstehen. Auf die Dauer sind nur solche Lösungen konstruktiv, die einen Ausgleich zwischen Industrie- und Agrarländern herzustellen suchen. Mit den Worten der Nord-Süd-Kommission: «Wir wünschen uns eine Welt, die nicht so sehr auf Macht und Rang als vielmehr auf Gerechtigkeit und Vereinbarungen baut; die weniger willkürlich und mehr

von fairen und offenen Regeln bestimmt wird.» Die Mahnung wendet sich an alle, sie zeigt, wie weit entfernt wir von der Erfüllung dieser Ziele sind.

Heinz Abosch

¹ «Rüstungsjahrbuch '80/81. Sipri», Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1980. – ² Frantz Fanon, «Die Verdammten dieser Erde», Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1966, S. 127. – ³ Bassam Tibi, «Militär und Sozialismus in der Dritten Welt», Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1973, S. 305. – ⁴ Elias Canetti, «Masse und Macht», Claassen Verlag, Hamburg 1960, S. 160. – ⁵ «Das Überleben sichern», Kiepenheuer und Witsch, Köln 1980, S. 153.



Der Energieumsatz der BKW betrug im Jahr 1980 fast 8 Milliarden Kilowattstunden. 2,5 Milliarden davon stammten aus dem Kernkraftwerk Mühleberg, das sind 31 %.

Der Anteil der Kernkraftwerke an der schweizerischen Elektrizitätsproduktion beträgt über 28 %.

Für die Sicherstellung unserer Energieversorgung sind Kernkraftwerke unentbehrlich.

Bernische Kraftwerke AG